

An das  
Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung  
Referat Naturschutz  
per E-Mail: naturschutz@stmk.gv.at

Graz, 11. Mai 2026

**Betreff: Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf „Biber-Verordnung, 1. VO 2026“**

**GZ: ABT13-339525/2025-13**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Naturschutzbund Steiermark nimmt zum übermittelten Begutachtungsentwurf einer Verordnung über Ausnahmen vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung von Bibern wie folgt Stellung.

Der Europäische Biber (*Castor fiber*) ist eine ehemals ausgerottete, streng geschützte Art und zugleich eine der wichtigsten Schlüsselarten für die ökologische Wiederherstellung von Gewässerlandschaften. Seine Rückkehr in die Steiermark ist ein naturschutzfachlicher Erfolg. Biber gestalten Lebensräume, schaffen Feuchtflächen, strukturieren Ufer, fördern Totholz, erhöhen die Artenvielfalt und tragen wesentlich zum Wasserrückhalt in der Landschaft bei. Gerade in Zeiten von Biodiversitätskrise, Klimawandel, zunehmenden Trockenperioden und Starkregenereignissen ist der Biber nicht primär als „Problemart“, sondern als natürlicher Partner der Gewässer- und Auenrenaturierung zu betrachten. Die politische Einbettung der Biber-Verordnung in ein Reformpaket zum „Prädatorenmanagement“ ist fachlich verfehlt. Der Biber ist kein Prädator, sondern ein Pflanzenfresser und eine Chance für natürliche Gewässerrenaturierung. Gerade deshalb darf die Verordnung nicht als Teil eines allgemeinen Entnahmeregimes für „konfliktträchtige Arten“ verstanden werden, sondern muss streng im Rahmen des unionsrechtlichen Artenschutzes, der Alternativenprüfung und der Einzelfallentscheidung verbleiben.

Der vorliegende Entwurf erkennt diese Bedeutung teilweise selbst an. In den Erläuterungen wird ausdrücklich festgehalten, dass Biber ihre Umwelt aktiv gestalten und verändern und dass dies positive Wirkungen auf Artenvielfalt, Klimaschutz und Wasserhaushalt hat. Ebenso wird dargestellt, dass 90 % der Konflikte in einem 10 m breiten Streifen entlang von Gewässern und 95 % innerhalb eines 20 m breiten Streifens auftreten. Daraus folgt aus naturschutzfachlicher Sicht jedoch nicht in erster Linie die Notwendigkeit einer Entnahmeverordnung, sondern eines konsequenten Flächen- und Konfliktmanagements entlang der Gewässer.

Auch bestehende Vorgaben für die Landwirtschaft zeigen bereits, dass Gewässerrandstreifen und Abstand zu Gewässern fachlich notwendig sind und innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzung zu

berücksichtigen sind. Die Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung enthält örtliche Beschränkungen für die Düngung, insbesondere in Gewässernähe; GLÖZ 4 schreibt die Anlage von Pufferstreifen entlang von Wasserläufen mit Fokus auf Gewässer mit stofflichen Belastungen ausdrücklich Schutzstreifen vor. Viele landwirtschaftliche Betriebe setzen solche Maßnahmen bereits beispielhaft und vorbildlich um. Diese Praxis zeigt, dass gewässerbegleitende Räume kein Gegensatz zur Landwirtschaft sein müssen, sondern Teil einer zukunftsfähigen, gewässerschonenden Bewirtschaftung sind. Genau daran sollte auch das Bibermanagement anschließen.

In den letzten hundert Jahren wurden unter Einsatz großer öffentlicher Mittel viele gewässerbegleitende Feuchtflächen trockengelegt, Wiesen drainiert, Bäche reguliert und Auwälder vernichtet. Der Biber ist in der Lage, ohne große technische Eingriffe und ohne hohen Einsatz öffentlicher Mittel wieder ein Stück Natur zurückzubringen. Voraussetzung dafür ist ein Mindestmaß an gewässerbegleitendem Raum. Diesen Raum durch Flächenablöse, Vertragsnaturschutz oder andere geeignete Instrumente zu sichern, liegt im öffentlichen Interesse und sollte daher auch öffentlich abgegolten werden.

Der Naturschutzbund Steiermark anerkennt, dass es im Einzelfall Konflikte mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen, kommunaler Infrastruktur, Wegen, Drainagen oder land- und forstwirtschaftlicher Nutzung geben kann. Selbstverständlich sind kritische Infrastrukturen zu schützen. Solche Konflikte müssen ernst genommen und fachlich gelöst werden. Entscheidend ist jedoch, dass der Biber eine streng geschützte Art bleibt und Eingriffe in Lebensraum oder Population nur als letztes Mittel in eng begründeten, überprüfbaren Ausnahmefällen zulässig sein dürfen.

Besonders kritisch ist das vorgesehene jährliche Kontingent von 84 Bibern. Ein solches Kontingent darf keinesfalls als jährlich ausschöpfbarer Rahmen verstanden werden, sondern nur als absolute Obergrenze für außergewöhnliche, fachlich begründete Einzelfälle. Nach den Erläuterungen entsteht zudem der Eindruck, dass die Kontingentierung darauf abzielt, den jährlichen Populationszuwachs abzuschöpfen. Ein solcher Ansatz wäre fachlich und unionsrechtlich problematisch. Das Ziel der FFH-Richtlinie ist nicht die Begrenzung einer streng geschützten Art auf einen politisch gewünschten Bestand, sondern die Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes. Wird der Zuwachs regelmäßig abgeschöpft, kann die Population bereits durch zusätzliche externe Faktoren wie Extremwetterereignisse, Krankheiten, Verkehrsmortalität oder lokale Habitatverluste destabilisiert werden.

Auch die Eingriffe in den Biberlebensraum sind schwerwiegend. Hauptdämme und Wohnbaue sichern Revierzentren und damit Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Die Erläuterungen beschreiben selbst, dass der Hauptdamm den Wasserstand für den Wohnbau sichert und dass sein Verlust erhebliche Auswirkungen auf das betroffene Biberrevier hat. Eingriffe in Hauptdämme oder Wohnbaue dürfen daher nicht zu einer Verwaltungsroutine werden. Sie müssen streng auf nachweislich unvermeidbare Fälle beschränkt bleiben.

Aus Sicht des Naturschutzbundes Steiermark ist weiters kritisch, dass die Ziele der Verordnung sehr breit gefasst sind. Die Ausnahme soll im Interesse der Volksgesundheit und öffentlichen Sicherheit insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und

versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur gelten. Diese Formulierung birgt die Gefahr, dass auch betriebliche Erschwernisse, wirtschaftliche Nutzungskonflikte oder bloße Instandhaltungsinteressen als Rechtfertigung für Eingriffe herangezogen werden. Erforderlich ist daher eine klare Beschränkung auf konkrete, erhebliche und nachweisbare Gefahrenlagen, bei denen keine andere zufriedenstellende Lösung besteht.

### **Unionsrechtliche Bedenken gegen eine pauschale Ausnahmeverordnung**

Gegen die gewählte Regelungstechnik bestehen erhebliche unionsrechtliche Bedenken. Artenschutzrechtliche Ausnahmen nach Art. 16 FFH-Richtlinie sind nach der Rechtsprechung des EuGH eng auszulegen. Sie setzen voraus, dass ein zulässiger Ausnahmegrund vorliegt, dass keine andere zufriedenstellende Lösung besteht und dass der günstige Erhaltungszustand der Population nicht beeinträchtigt wird.

Der EuGH hat in der Rechtssache C-342/05 ausdrücklich festgehalten, dass Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie als Ausnahmeregelung eng auszulegen ist und dass die Beweislast für das Vorliegen der Voraussetzungen jene Stelle trifft, die über die Ausnahme entscheidet. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass jeder Eingriff, der geschützte Arten betrifft, nur auf Grundlage von Entscheidungen genehmigt wird, die mit einer genauen und angemessenen Begründung versehen sind und in denen auf die in Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie genannten Gründe, Bedingungen und Anforderungen Bezug genommen wird.

Vor diesem Hintergrund sind generelle Verordnungsermächtigungen besonders kritisch zu beurteilen. Die Konzeption des Art. 16 FFH-Richtlinie folgt einem individuen- und einzelfallbezogenen Ansatz. Artenschutzrechtliche Ausnahmen verlangen eine nachvollziehbare Einzelfallprüfung: konkrete Konfliktlage, konkreter Ausnahmegrund, konkrete Gefahr oder konkreter erheblicher Schaden, Prüfung gelinderer Mittel, Alternativenprüfung und Bewertung der Auswirkungen auf das betroffene Revier sowie auf den Erhaltungszustand. Eine Verordnung darf diese Einzelfallentscheidung nicht durch ein abstraktes Entnahmesystem ersetzen.

Besonders problematisch ist, dass die Ernsthaftigkeit eines Schadens im Sinne des Art. 16 Abs. 1 lit. b FFH-Richtlinie im Verordnungsentwurf nicht ausreichend belegt werden muss. Bloße Nutzungskonflikte, Erschwernisse oder wirtschaftliche Nachteile reichen dafür nicht aus. Erforderlich ist ein konkret nachgewiesener erheblicher Schaden oder eine konkret nachgewiesene erhebliche Gefahrenlage.

Der Entwurf leidet zudem an einem fehlenden verbindlichen Zusammenhang zwischen Schadenseintritt, Prüfung gelinderer Mittel und Maßnahme. Zwar werden Beratung, fachliches Beisein und nachträgliche Meldepflichten vorgesehen. Es fehlt jedoch eine ausdrückliche Verpflichtung, geplante Maßnahmen vor ihrer Umsetzung mit angemessener zeitlicher Reserve der Naturschutzabteilung beziehungsweise der Biberberatung zu melden. Damit bleibt offen, wer eine geplante Maßnahme vorab zu melden hat, welche Frist einzuhalten ist, ob eine Maßnahme erst nach fachlicher Bestätigung umgesetzt werden darf und wie dokumentiert wird, dass Prävention und Alternativen tatsächlich geprüft wurden.

Gerade bei Maßnahmen nach § 3 Abs. 2 und 3 sowie bei Eingriffen in den Biberlebensraum nach § 4 Abs. 3 reicht es nicht aus, Beratung oder Beisein abstrakt vorzusehen. Ohne verpflichtendes Vorab-Melderegime kann nicht verlässlich sichergestellt werden, dass die Naturschutzabteilung beziehungsweise Biberberatung rechtzeitig Kenntnis erlangt, die Maßnahmenkaskade überprüft und die unionsrechtlich erforderliche Alternativenprüfung dokumentiert wird.

Die vorgesehenen Meldepflichten in § 7 setzen weitgehend erst nachträglich an. Die Entfernung eines Hauptdammes ist demnach erst innerhalb von zwei Wochen zu melden; Erlegungen sind innerhalb von 24 Stunden zu melden. Damit wird nicht abgesichert, dass vor der Maßnahme eine fachliche Prüfung mit ausreichender zeitlicher Reserve erfolgen kann. Gerade dadurch geht die unionsrechtlich zwingende Alternativenprüfung verloren. Wenn nicht nachvollziehbar dokumentiert ist, welche Präventionsmaßnahmen vorab geprüft, umgesetzt und bewertet wurden, kann auch nicht belegt werden, dass keine andere zufriedenstellende Lösung im Sinne des Art. 16 FFH-Richtlinie bestanden hat. Insofern ist der Entwurf unionsrechtlich höchst bedenklich.

Eine pauschale Vorabfreigabe wäre mit diesem Prüfmaßstab nicht vereinbar.

### **Der Naturschutzbund Steiermark fordert daher folgende Änderungen und Klarstellungen:**

#### **Vorrang der Prävention und verpflichtende Vorabmeldung**

Vor jeder Entnahme müssen geeignete Präventionsmaßnahmen nachweislich geplant, umgesetzt, kontrolliert und fachlich bewertet worden sein. Dazu gehören insbesondere Uferstrandstreifen, Einzelbaum- und Flächenschutz, Grabschutz, Dammdrainagen, technische Sicherungen, Verlegung gefährdeter Wege oder Leitungen, Vertragsnaturschutz und Flächenablöse.

Für Maßnahmen nach § 3 Abs. 2 und 3 sowie für Eingriffe in den Biberlebensraum nach § 4 Abs. 3 ist eine verpflichtende Vorabmeldung mit angemessener zeitlicher Reserve vorzusehen. Diese Vorabmeldung muss vor Umsetzung der Maßnahme erfolgen und Angaben zur konkreten Konfliktlage, zum drohenden Schaden oder zur Gefahrenlage, zu bereits geprüften oder gesetzten Präventionsmaßnahmen, zur Alternativenprüfung sowie zum geplanten Zeitpunkt der Maßnahme enthalten.

Die Maßnahme darf erst umgesetzt werden, wenn die Naturschutzabteilung beziehungsweise die beauftragte fachliche Stelle rechtzeitig eingebunden war und die Maßnahmenkaskade nachvollziehbar geprüft wurde. Nachträgliche Meldungen allein reichen nicht aus, um die unionsrechtlich erforderliche Alternativenprüfung abzusichern.

#### **Konkreten Schadens- oder Gefahrennachweis verlangen**

Vor jedem Eingriff ist ein konkreter, erheblicher Schaden beziehungsweise eine erhebliche Gefahrenlage nachvollziehbar zu dokumentieren. Pauschale Nutzungskonflikte oder bloße Erschwernisse dürfen nicht genügen.

### **Gewässerrandstreifen, Flächenablöse und Vertragsnaturschutz als zentrale Konfliktlösung**

Da der Entwurf selbst ausführt, dass der überwiegende Teil der Konflikte im unmittelbaren Gewässernahbereich entsteht, müssen Gewässerrandstreifen als erste Lösungsoption angestrebt werden. In sensiblen Bereichen sind Uferrandstreifen von zumindest 10 bis 20 m, bei Bedarf auch mehr, vorzusehen.

Wo der Biber durch seine Tätigkeit Feuchtlebensräume, natürliche Wasserrückhaltung und Biodiversität schafft, erbringt er Leistungen im öffentlichen Interesse. Die Sicherung gewässernaher Flächen durch Flächenablöse, Pacht, Vertragsnaturschutz oder andere geeignete Instrumente ist daher vorrangig zu fördern. Betroffene Grundeigentümer:innen sollen fair entschädigt werden, wenn Flächen im Interesse von Naturschutz, Hochwasserrückhalt und Klimaanpassung zur Verfügung gestellt werden.

### **Infrastruktur schützen – aber vorrangig durch Prävention**

Hochwasserschutzanlagen, Wasserversorgung, Abwasseranlagen, Verkehrswege und sonstige kritische Infrastruktur sind selbstverständlich zu sichern. Vorrangig sind jedoch fachgerechte technische und planerische Lösungen einzusetzen: Grabschutz, Dammdrainagen, Sicherung von Zu- und Abflüssen, angepasste Trassierung, Verlegung gefährdeter Leitungen oder Wege, regelmäßige Kontrolle sowie ausreichende Abstandszonen. Die Tötung von Bibern darf nicht an die Stelle infrastruktureller Vorsorge treten.

### **Keine routinemäßige Entfernung von Hauptdämmen und Wohnbauten**

Hauptdämme und Wohnbaue sind funktional zentrale Bestandteile eines Biberreviers. Eingriffe in diese Strukturen sind Eingriffe in Fortpflanzungs- und Ruhestätten und müssen daher besonders streng geprüft werden. Eine Entfernung darf nur bei konkreter, erheblicher Gefahr und nach Ausschöpfung gelinderer Mittel zulässig sein.

### **Tötung nur als ultima ratio**

Die Tötung von Bibern darf nur als letztes Mittel nach dokumentierter Ausschöpfung gelinderer Maßnahmen zulässig sein. Ein jährliches Kontingent darf nicht als Regelmechanismus wirken.

### **Kontingentierung nicht als Abschöpfung des Populationszuwachses verstehen**

Eine Kontingentierung darf nicht darauf hinauslaufen, den jährlichen Populationszuwachs systematisch abzuschöpfen. Dies wäre mit dem Ziel der Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes nicht vereinbar und würde die Population gegenüber zusätzlichen Belastungen destabilisieren. Das Kontingent darf nur als absolute Obergrenze für streng geprüfte Ausnahmefälle verstanden werden.

**Keine Gleichsetzung von Sicherheitsinteressen und Nutzungskonflikten**

Volksgesundheit und öffentliche Sicherheit sind eng auszulegen. Nicht jede Beeinträchtigung einer Nutzung oder technischen Anlage rechtfertigt einen Eingriff in eine streng geschützte Art. Die Verordnung muss klarstellen, dass bloße wirtschaftliche Nachteile, erhöhter Pflegeaufwand oder betriebliche Unannehmlichkeiten keine ausreichende Grundlage für eine Entnahme darstellen und diese Kosten gegen die ökologischen Kosten einer Entnahme abzuwägen sind.

**Ökologische Leistungen ausdrücklich berücksichtigen**

Biberleistungen für Feuchtlebensräume, Wasserrückhalt, Auenentwicklung, Biodiversität und Klimaanpassung sind als natürliche Wiederherstellungsleistungen zu bewerten. Die Aussage im Vorblatt, die Regelung habe voraussichtlich keine Auswirkungen auf Umwelt und Klima, ist fachlich zu pauschal. Eingriffe in Biberpopulationen, Hauptdämme und Wohnbaue können sehr wohl Auswirkungen auf Gewässerstruktur, Feuchtflächen, Grundwasserhaushalt, Totholzdynamik und Artenvielfalt haben.

**Öffentlich nachvollziehbares Monitoring sicherstellen**

Das vorgesehene Monitoring ist zu begrüßen, muss aber transparent sein. Zu veröffentlichen sind zumindest Anzahl und Lage der Beratungen, Präventionsmaßnahmen, Vorabmeldungen, Dammeingriffe, Wohnbau-Eingriffe, Entnahmen, Begründungen, Alternativenprüfungen, Erfolgskontrollen und Auswirkungen auf Revierstruktur und Bestandsentwicklung. Nur so kann überprüft werden, ob die Verordnung tatsächlich Konflikte löst oder lediglich Biberreviere destabilisiert.

**Schutzgebiete und ökologische Vorrangräume strikt ausnehmen**

Die vorgesehenen Ausnahmen für Naturschutzgebiete, bestimmte Europaschutzgebiete und den Nationalpark Gesäuse sind wichtig und müssen jedenfalls beibehalten werden. Darüber hinaus sollten auch funktional bedeutsame Feuchtgebietsverbünde, Auenentwicklungsräume und Renaturierungsflächen besonders geschützt werden, weil der Biber dort zentrale, das Landesbudget schonende ökologische Leistungen erbringt.

**Zusammenfassend hält der Naturschutzbund Steiermark fest:**

**Der Biber erbringt ökologische Leistungen, die für Wasserrückhalt, Biodiversität und Klimaanpassung von erheblichem öffentlichem Interesse sind. Konflikte mit Landnutzung und Infrastruktur sind vorrangig durch vorausschauendes Bibermanagement, technische Sicherungen, Gewässerrandstreifen, Vertragsnaturschutz und Flächenablöse zu lösen.**

**Der vorliegende Entwurf enthält zwar Elemente eines abgestuften Vorgehens, schwächt den Schutz des Bibers aber tatsächlich, weil er jährlich erhebliche Entnahmen ermöglicht und die unionsrechtlich erforderliche Einzelfall- und Alternativenprüfung nicht ausreichend absichert.**

Der Naturschutzbund Steiermark ersucht daher um grundlegende Überarbeitung des Entwurfs im Sinne eines präventionsorientierten, naturschutzfachlich begründeten, unionsrechtskonformen und transparent kontrollierten Bibermanagements. Tötungen dürfen ausschließlich in konkret dokumentierten Ausnahmefällen bei erheblicher Gefahr, nach Ausschöpfung aller gelinderen Mittel und unter voller Wahrung der Vorgaben der FFH-Richtlinie zulässig sein.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Romana Ull i. A.**  
für den Naturschutzbund Steiermark